

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Während wir in Deutschland über Reformen diskutieren, dreht sich die Weltpolitik weiter. Beim Besuch von US-Präsident Trump in China standen sich erstmals seit Jahren die beiden mächtigsten Männer der Welt wieder persönlich gegenüber. Unmittelbar danach empfing Xi den russischen Präsidenten Putin. Diese nicht nur symbolischen Bilder zeigen: Machtverhältnisse verändern sich – mit direkten Folgen für uns, für die Lage um Taiwan, für die Entwicklung im Iran, für den Krieg in der Ukraine.

Unser Einfluss in der Welt ist nur so groß wie unsere wirtschaftliche Stärke. Ob man in Washington, Neu-Delhi oder Riad mit uns auf Augenhöhe spricht, entscheidet sich ganz maßgeblich an unserer wirtschaftlichen Kraft, an unserem Wachstum, an unserem BIP. Die wirtschaftliche Lage ist derzeit die größte Sorge der Deutschen. Hohe Kosten, Unsicherheit und die Frage, wie es in den nächsten Jahren weitergeht – das beschäftigt Familien und Unternehmen ganz konkret. Wenn wir nichts tun, wird am Ende die hart arbeitende Mitte die Rechnung zahlen – durch steigende Beiträge, weniger Wachstum und unsichere Arbeitsplätze. Deshalb müssen wir Deutschland durch Reformen wieder auf Wachstumskurs bringen. Für uns als Fraktion ist klar: Wir brauchen Wachstum ohne neue Schulden!

Vertrauen entsteht nicht durch Debatten, sondern durch gelöste Probleme. Um wieder zu Wachstum zu kommen, haben wir einen klaren Reformplan vereinbart: Wir stabilisieren die Beiträge in Gesundheit und Pflege. Wir konsolidieren den Haushalt. Wir entlasten Bürgerinnen und Bürger mit einer Steuerreform. Wir bauen Bürokratie ab. Und wir machen die Rente zukunftsfähig. Die entscheidende Antwort auf Populismus ist nicht Empörung, sondern Problemlösung.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Wir stärken den Luftverkehrsstandort Deutschland

Wir beschließen in dieser Woche in 2./3. Lesung die **Absenkung der Luftverkehrsteuer** (Zweites Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes) und senden dadurch ein wichtiges Signal für den Luftverkehrsstandort Deutschland. Dabei senken wir die Luftverkehrsteuer auf das gesetzliche Niveau von vor der Erhöhung durch die Ampel zum 1. Mai 2024. Gerade mit Blick auf die fortdauernde Schließung der Straße von Hormus können

dadurch Belastungen durch gestiegene Kosten abgefedert und weiter steigende Ticketpreise vermieden werden.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Apotheken und sichern damit eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung

Mit dem **Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung** (in 2./3. Lesung) verbessern wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für inhabergeführte Apotheken, um ein flächendeckendes Apothekennetz für eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung der Bevölkerung zu erhalten. Mit den vorgesehenen Maßnahmen werden öffentliche Apotheken vor allem im ländlichen Raum gestärkt und Apothekerinnen und Apotheker können durch Bürokratieabbau ihre Versorgungsaufgaben mit mehr Eigenverantwortung und Flexibilität wahrnehmen. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem erleichterte Voraussetzungen für die Gründung von Apothekenstandorten in abgelegenen Gebieten, Regelungen zum vereinfachten Austausch von Arzneimitteln bei Nichtverfügbarkeit verordneter Arzneimittel sowie die Einräumung der Möglichkeit für die Länder, im Rahmen einer Erprobungsklausel in Sonderkonstellationen eine Vertretung von Apothekenleitungen durch erfahrene pharmazeutisch-technische Assistentinnen oder Assistenten zu genehmigen. Außerdem erhalten zukünftig öffentliche Apotheken weitere Aufgaben in der Gesundheitsversorgung: So werden unter anderem erweiterte Impfmöglichkeiten, die Blutentnahme bei Erwachsenen für Diagnosefragen, die Durchführung von Schnelltests, die Erbringung von pharmazeutischen Dienstleistungen im Bereich Prävention sowie die Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ohne ärztliche Verschreibung in begrenzten Situationen vorgesehen.

Weniger Bürokratie und weniger Medienbrüche für schnelle Verwaltungsverfahren

Mit der **2./3. Lesung des Gesetzes zum Bürokratieabbau im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern** reduzieren wir unnötige Nachweis-, Dokumentations- und Verfahrenspflichten, beschleunigen Verwaltungsprozesse und schaffen damit spürbare Entlastungen für Bürger, Unternehmen sowie die öffentliche Verwaltung selbst. Weniger unnötige Verfahren bedeuten mehr Zeit für die wirklich wichtigen Aufgaben von Verwaltung und Sicherheitsbehörden. Künftig wird die Kommunikation mit Behörden vom Antrag bis zur Nachweiserbringung ohne Schriftformerfordernis vollständig digital erfolgen. Aufbewahrungs- und Nachweispflichten werden verkürzt. Bürokratieabbau ist für uns kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für einen handlungsfähigen und modernen Staat. Bürger und Unternehmen erwarten zu Recht eine Verwaltung, die digitaler, einfacher und praxistauglicher arbeitet.

Wir stärken den Rechtsstaat vor Ort

Mit der Verabschiedung **des Gesetzes zur Förderung und Modernisierung des Anwaltsnotariats** (2./3. Lesung) stärken wir einen zentralen Pfeiler unseres Rechtsstaats. Wir schaffen modernere, praxistauglichere und digitale Rahmenbedingungen für

Anwälte, die zugleich notarielle Aufgaben übernehmen. Gerade im ländlichen Raum sichern wir damit auch künftig eine verlässliche notarielle Versorgung für Bürger und Unternehmen. Das Gesetz verbindet Bürokratieabbau mit Rechtsstaatlichkeit – effizienter in den Verfahren, aber ohne Abstriche bei Qualität und Rechtssicherheit.

Umweltgerechte Gestaltung von Produkten

Kernstück des neuen **Gesetzes zur Umsetzung der neuen europäischen Regelungen zum Ökodesign** (2./3. Lesung) ist die umweltgerechte Gestaltung von Produkten. Bei der Umsetzung der Ökodesign-Regelungen werden wir als Fraktion darauf achten, dass diese bürokratiearm und mittelstandsfreundlich, ohne nationale Übererfüllung erfolgt.

Mit diesem Gesetz beschließen wir weiterhin einen Änderungsantrag zur Anpassung des aktuell noch geltenden Gebäudeenergiegesetzes (GEG), das durch das neue Gebäudemodernisierungsgesetz abgelöst wird. Mit der Anpassung des GEG wird das Wirksamwerden der Pflicht des § 71 Absatz 1 GEG am 1. Juli 2026 aus Gründen der Rechtssicherheit auf einen späteren Zeitpunkt (1. November 2026) verschoben, damit die 65%-EE-Anforderung beim Einbau einer Heizung nicht mehr Geltung erlangen kann, bevor § 71 GEG mit dem Inkrafttreten des künftigen Gebäudemodernisierungsgesetzes zu einem späteren Zeitpunkt im Sommer aufgehoben wird. Das Gebäudemodernisierungsgesetz wurde in der vergangenen Woche vom Kabinett beschlossen und soll noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden.

Behördengänge vereinfachen

Wir bringen das **antragslose Kindergeld** in erster Lesung auf den Weg. Zukünftig müssen werdende Eltern in den meisten Fällen keinen Antrag auf Kindergeld mehr einreichen. Das antragslose Kindergeld ist zunächst auf Geburten ab dem zweiten Kind beschränkt, wird aber künftig auch auf erstgeborene Kinder ausgeweitet. Dadurch schaffen wir gerade in der sensiblen Phase rund um die Geburt eines Kindes eine spürbare Entlastung für junge Familien und stärken zugleich das Vertrauen in eine moderne, digitale Verwaltung.

Wir fördern den Spitzensport

Mit dem **Sportfördergesetz** (1. Lesung) stärken wir nicht nur den Spitzensport, sondern investieren in den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes. Wer Medaillen will, muss Strukturen schaffen, die Leistung ermöglichen – modern, transparent und langfristig verlässlich. Sport ist für uns mehr als nur Wettbewerb: Er vermittelt Disziplin, Teamgeist und Respekt und erreicht Millionen Menschen in Deutschland. Dieses Gesetz setzt ein klares Signal: Deutschland will wieder sportlich erfolgreicher werden und den Athleten endlich bessere Rahmenbedingungen bieten.

Kabinett

In dieser Woche hat das Kabinett u.a. das **Gesetz zur Europäischen Brieftasche für die Digitale Identität beschlossen**. Damit schafft das Gesetz die notwendigen nationalen Rechtsgrundlagen für die Einführung der EUDI-Wallet im Januar 2027. Diese nationale Rechtsetzung ist für den Wallet-Start zwingend. Die EUDI-Wallet erlaubt in erstmaliger Kombination sicher das elektronische Identifizieren, Signieren/Siegeln und die Verwendung von Nachweisen.

Weiterhin wurden die Eckpunkte für den **Pakt für Bevölkerungsschutz** beschlossen. Kern des Vorhabens ist ein 3-Säulen-Modell, bestehend aus Auftrag, Ausstattung und Ausbildung. Ziel des Paktes ist es, zivile Abläufe im Ernstfall zu definieren. Bis 2029 sollen unter anderem 1000 neue Spezialfahrzeuge und 110.000 Feldbetten angeschafft sowie bundesweit einheitliche Ausbildungsstandards für chemische, biologische, radiologische und nukleare Lagen (CBRN) etabliert werden. Zur besseren Verzahnung von ziviler und militärischer Verteidigung wird im Bundesministerium des Innern zudem eine neue Stabsstelle „Kommando zivile Verteidigung“ eingerichtet. Dieses Thema diskutieren wir in dieser Woche auch im Rahmen einer Aktuellen Stunde.

Weitere Informationen zu den Kabinettsitzungen finden Sie [hier](#).

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Es ist etwas Besonderes, an ein gemeinsames Statement unseres Bundeskanzlers und des SPD-Fraktionsvorsitzenden anknüpfen zu können. Das ist ein starkes Zeichen der Gemeinsamkeit und es ist ein gut gewählter Zeitpunkt, gut ein Jahr nach dem Start unserer gemeinsamen Regierungskoalition, nach dem Start unserer gemeinsamen Arbeit.“

„Am Ende machen wir einen Unterschied im Alltag spürbar, wenn wir Wachstum bringen durch mehr im Portemonnaie, durch Industriejobs, die in Deutschland gesichert werden, durch mehr Spielraum - auch wieder für die Städte und Gemeinden. Und das ist der Grund, warum wir Reformen und Veränderungen anstreben.“

Alexander Hoffmann:

„Die Gesundheitsministerin Nina Warken verantwortet eine der größten Sozialreformen in diesem Land seit Jahrzehnten und sie zeigt dabei sehr gut, wie es gehen kann.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.